

Harburg gegen Mitte: Bezirke zanken ums Geld

Zwischen den Bezirken Harburg und Mitte zeichnet sich ein heftiger Streit ab: Grund des Zanks um Geld ist der Harburger Stadtteil Wilhelmsburg, der im April 2008 im Zuge der Verwaltungsreform Mitte zugeschlagen wird. Die schwarz-grüne Koalition will den Jugendhilfe-Etat für Wilhelmsburg um rund 300 000 Euro kürzen, ehe der Stadtteil und mit ihm das Fördergeld in den Bezirk Mitte wechselt. Die 300 000 Euro wollen die Harburger in Häuser der Jugend und andere Projekte bei sich investieren.

"Wir haben im Bezirk eine Schieflage und Gerechtigkeitslücke, von der Wilhelmsburg profitiert", sagt Ralf-Dieter Fischer, CDU-Fraktionschef in der Harburger Bezirksversammlung. Der Stadtteil werde seit mehr als 20 Jahren übermäßig aus "Hamburgs Töpfen" gefördert. Obwohl in Wilhelmsburg nur ein Viertel der Einwohner des Bezirks Harburg lebt, erhalte der Stadtteil 50 Prozent des Fördergelds aus dem Jugendhilfe-Etat.

"Es kann nicht angehen, dass Kinder und Jugendliche in Wilhelmsburg unter dem Bezirksverwaltungsgesetz leiden", hält der SPD-Bundestagsabgeordnete und SPD-Mitte-Chef Johannes Kahrs dagegen. Zwischen Senat und Bezirken gelte die Absprache, dass mit dem Bezirkswechsel Wilhelmsburgs auch die Fördermittel wechselten. "Harburg darf sich nicht einseitig Vorteile zuschieben", sagt Kahrs. "Jetzt beginnt Harburg, Wilhelmsburg auszuweiden", sagt auch Jörn Frommann, Wilhelmsburger CDU-Chef und Parteifreund Fischers. "Wilhelmsburg ist recht gut ausgestattet. Das soll so bleiben", findet Michael Osterburg, GAL-Mitte-Fraktionschef.

Je nach Berechnungsschlüssel, so Fischer, gebe es eine "Überförderung" Wilhelmsburgs um 250 000 bis 400 000 Euro. Die CDU-Fraktion hat nun beschlossen, bei Wilhelmsburger Häusern der Jugend, Jugendzentren und anderen Einrichtungen Einsparungen von mindestens 250 000 Euro für das nächste Jahr vorzunehmen. "Alles kommt auf den Prüfstand", sagt Fischer. "2007 wird für Wilhelmsburg ein schwieriges Jahr", weiß auch Heinke Ehlers, Fraktionschefin des CDU-Koalitionspartners GAL.

"Ich bin eher überrascht über den Harburger Vorstoß", sagt Staatsrat Detlef Gottschalck (CDU), zuständig für die Verwaltungsreform. Wenn für Wilhelmsburg, das im Zentrum des Senatsprogramms "Lebenswerte Stadt" steht, am Ende weniger herauskomme, sei das "politisch nicht klug". Die Entscheidung fällt voraussichtlich auf einer Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses Mitte Dezember.

pum

erschienen am 25. November 2006